

Riesauer Tageblatt

und Anzeiger (Erbblatt und Anzeiger).

Drahtschrift: Tagesblatt Riesa.
Semmel Nr. 20.

Das Riesauer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Kreisoberamtsverwaltung, des Amtsgerichts, der Kreisverwaltung beim Kreisgericht und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa.

Postfachnummer Dresden 1880
Straße Riesa Nr. 22.

Nr. 9.

Mittwoch, 12. Januar 1927, abends.

80. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintritts von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Roh- und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 8 mm hohe Schriftgröße (8 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 20 mm breite Neuanzeige 100 Gold-Pfennige; je längerer und tabellarischer Satz 50%, Kustschlag, feste Karte. Bewilligte Rabatte erlischt, wenn der Beitrag verfällt, durch Abgang eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Anspruch gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Abhängige Unterhaltungsbeilage "Wochenspiegel an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retentionsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Gertrudenstraße 20. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Hagemann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Wittich, Riesa.

Der Kurs der Mitte.

(Von unserem Berliner Vertreter.)

Die Verhandlungen über die Regierungsbildung sind in ihr erstes Stadium eingetreten. Der vom Reichspräsidenten mit der Kabinettsbildung beauftragte Dr. Curtius hat vor der ersten Sitzung mit den Parteiführern sein Programm veröffentlicht, das sich in allen Punkten mit den politischen Aufgaben des Kabinetts deckt und lediglich Wert auf die Feststellung legt, daß es notwendig sei, die bisherige Politik der Mitte zusammen mit den Deutschnationalen durchzuführen. Es hat in mittelparteilichen Kreisen nicht allzusehr überrascht, daß Dr. Curtius sofort den Versuch der Bildung eines bürgerlichen Kabinetts unternommen hat, da nach den Erklärungen der Deutschen Volkspartei nicht mehr damit gerechnet werden konnte, daß sie einem ihrer Führer die Zustimmung zur Bildung der Großen Koalition geben würde. Sowohl die Demokraten als auch das Zentrum hatten sich noch außerordentlich zurück. Man will nicht das Vorzeichen erkennen, ohne zu wissen, was danach kommen soll. Aber man sieht den Bemühungen Dr. Curtius in beiden Parteien ohne jede Sympathie gegenüber. Das beruht auf einer Abneigung gegen die Persönlichkeit des bisherigen Reichswirtschaftsministers, sondern vielmehr auf seine Bemühungen, die Deutschnationalen zur Mitarbeit heranzuziehen. Allerdings erkennen die beiden Mittelparteien durchaus an, daß auf die Dauer die Opposition der Deutschnationalen für jede Regierungsbildung störend wirken muß, und daß es an der Zeit ist, den Deutschnationalen die Umkehr nahe zu legen. Man hätte es allerdings begrüßt, wenn Dr. Curtius in diesem Falle darauf verzichtet hätte, von vornherein auf die Teilnahme der Deutschnationalen im Kabinett zu verzichten, sondern ein Kabinett der Mitte mit vorläufiger stillschweigender Unterstützung der Deutschnationalen zu bilden. Nebenfalls hätte man es für einen großen Fehler, das unmittelbar nach dem Scheitern des Kabinetts Marx vor seinem Sturz den Versuch einer Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten zu unternehmen. Dr. Curtius den umgekehrten Weg einschlägt und an Stelle der Sozialdemokraten die Reichsbildung mit Hilfe der Deutschnationalen machen will. Von ganz besonderem Interesse ist die Mitteilung, daß auch der Reichsjustizminister Dr. Stresemann sich ausdrücklich mit dem Programm und den nächsten Zielen Dr. Curtius einverstanden erklärte, allerdings unter der Bedingung, daß die Sozialdemokraten sich vollkommen auf den Boden der jetzigen Außenpolitik und auch auf den Boden der republikanischen Verfassung stellen.

An den bisherigen Gang der Verhandlungen des neuen Kanzlers mit den Parteiführern läßt sich noch nicht erkennen, ob seine Bemühungen von Erfolg gekrönt sein werden. Wirkliche Unterstützung findet Dr. Curtius nur bei seiner eigenen Partei. Die Deutschnationalen wollen noch nicht in den lauren Äpfel beißen und ihre bisherige Politik gegen die Politik der Mitte vollkommen aufgeben, und in das außenpolitische Fahrwasser Dr. Stresemanns eintreten. Sie wachen auch ängstlich darüber, mit welchen Argumenten die Sozialdemokraten dem Verhandlungsgegenstand gegenüberstehen. Ihre Stellung wird erschwert durch die Bereitwilligkeitserklärung des sozialdemokratischen Parteivorstandes zur Beteiligung an einer Regierung der republikanischen Parteien. Es heißt in parlamentarischen Kreisen, daß die Deutschnationalen nicht bedingungslos in ein Kabinett Curtius eintreten wollen, daß sie vielmehr einige Bedingungen hinsichtlich der Fortführung der Außenpolitik gestellt haben, über die innerhalb der deutschen Volkspartei noch ein Beschluß herbeigeführt werden muß. Auch die anderen Parteien, das Zentrum, die Bayerische Volkspartei und die Demokraten haben zu der Aufforderung Dr. Curtius, sich an einem Kabinett zu beteiligen, eine klare Antwort noch nicht gegeben, da die Fraktionen das Wort haben. Man hat allerdings bei den Demokraten darauf aufmerksam gemacht, daß die Einfuhr bei den Deutschnationalen wahrscheinlich doch nicht so ernst gemeint ist, daß sie eine Stetigkeit der politischen Linie gewährleisten. Es wird außerordentlich schwer sein, das Mißtrauen der republikanischen Parteien gegen die Deutschnationalen zu beseitigen.

Löbe in Danzig.

Danzig. Der Präsident des deutschen Reichstags, Löbe, ist gestern nachmittag hier eingetroffen, um vor dem Deutschen Reichstag über die österreichische Aufnahmefrage zu sprechen. Der Verammlung wohnte auch der Präsident des Senats Dr. Böhm bei. Löbe überbrachte zunächst unter förmlichem Beifall die Grüße des deutschen Reichstags. Auf die jüngste Rede des polnischen Ministers Kaleski übergehend, betonte er, Deutschland sei ebenso wie Danzig verunruhigt gewesen über den drohenden Ton der Rede, zu dem Deutschland nicht den geringsten Anlaß gegeben habe. Das Volkrecht, das er in Danzig genießt, verbiete es ihm, in einer Rede gegen die Rede Kaleskis einzutreten; er werde das bei einer anderen Gelegenheit tun. Ueber die Aufnahmefrage erklärte er, für die Dauer könne Deutschland das Selbstbestimmungsrecht, das selbst dem kleinsten Staate gewährt worden sei, nicht vorantreten. Es handle sich hier um einen freiwilligen Zusammenschluß zweier Länder, die in Kultur und Sprache vollkommen gleich seien.

Heldt wieder sächsischer Ministerpräsident.

Sächsischer Landtag.

Dresden, 11. Januar. Um 1/5 Uhr wird die neue Sitzung des Landtages eröffnet. Die Sozialdemokraten schlagen abermals ihren Kandidaten Heldt zum Ministerpräsidenten vor. Weitere Vorschläge werden nicht gemacht. In der Abstimmung erhielten Heldt (Kommunisten) 48 Stimmen, Reichstagsabgeordneter Fleischer 45 Stimmen, 2 Zettel sind unbeschrieben, wahrscheinlich von den Nationalsozialisten. Damit ist der bisherige Ministerpräsident Heldt zum Chef der neuen Regierung gewählt worden.

Der Sitzungsbericht.

M. Dresden, 11. Januar.

Als festes Ereignis ist zu buchen, daß die heutige Sitzung nicht nur ganz pünktlich beginnt, sondern daß bereits drei Minuten vor 1 Uhr die Strenge zum Sitzungsbeginn mahnt. Das und die Tribünen sind voll besetzt. Auf der Tagesordnung steht als einziger Punkt wieder die Wahl des Ministerpräsidenten. Die Sozialdemokraten schlagen den Reichstagsabgeordneten Fleischer vor.

Namens der deutschnationalen Fraktion gibt Abg. Hofmann folgende Erklärung ab:

1. Wir stellen fest, daß der Versuch, eine Regierung nach rechts von der MSP. ab unter Ausschluß der Deutschnationalen zu bilden, eine grobe Verletzung des Mehrheitsprinzips, auf dem die Demokratie beruht, darstellt. 2. In der Wahl eines Ministerpräsidenten, der eine Regierung bilden soll, auf deren Zusammensetzung wir keinen Einfluß haben, können wir uns nicht beteiligen. 3. Jurist. Heldt ist doch schon Ihr Mann! Abg. Hofmann: Sie wissen es ja selbst! 3. Wegen die geplante Regierung ist einzuwenden, daß sie von allen nichtsozialistischen Fraktionen bislang vertretenen Auffassung von der Notwendigkeit der Vereinfachung der Staatsgeschäfte durch Verminderung der Ministerliste nicht Rechnung trägt, obgleich die große wirtschaftliche Not dazu zwingt.

Bei der hierauf erfolgenden Wahl werden, wie bereits gestern von uns berichtet, 31 Stimmzettel abgegeben, davon sind 90 gültige und 4 ungültige (unbeschriebene) Zettel. 45 tragen den Namen Fleischer, 31 den Namen Heldt und 14 den Namen Ring von Ribba.

Präsident Schwarz stellt fest, daß keiner der Gewählten die notwendige Mehrheit von 40 erhalten habe. Infolgedessen sei die Wahl des Ministerpräsidenten wieder ergebnislos verlaufen. (Zurufe: Öörr! Öörr! Aufhören!)

Der Präsident schlägt hierauf vor, die nächste Sitzung Dienstag, den 18. Januar abzuhalten mit der Tagesordnung: Wahl des Ministerpräsidenten.

Abg. Dr. Hübner (Dsp.): Die Bemühungen um die Wahl des Ministerpräsidenten haben bisher zu keinem Ergebnis geführt. Es sind auch keine Aussichten für über 8 Tage vorhanden. Wir haben kein Interesse daran, aller 8 Tage einen Versuch zu wiederholen. Es wird nichts anderes übrig bleiben, als auf den Vorgang von 1923 zurückzugreifen, als die Regierung aus dem Landtag entlassen wurde, und die Arbeit des Landtages fortzusetzen und die Wahl des Ministerpräsidenten erst dann vorzunehmen, wenn ein Ergebnis sicher ist. (Gesächter links.) Wir folgen mit diesem Antrag nur dem Beispiel der Linken im Jahre 1923. Redner beantragt, auf die Tagesordnung der Sitzung am nächsten Dienstag nur ein sachliches Programm zu setzen.

Abg. Hübner (Komm.) bezeichnet die Worte seines Vorredners als die Bankrotterklärung des Bürgerblocks und beantragt Abhaltung der nächsten Sitzung am Donnerstag, den 18. Januar, mit der Tagesordnung: Kommunistischer Antrag auf Auflösung des Landtages.

Präsident Schwarz verliest noch einen Antrag von Zumeitri (Aufwertungspartei), nach zwei Stunden eine neue Sitzung abzuhalten und in dieser die Wahl des Ministerpräsidenten zu wiederholen.

Abg. Hübner (Komm.): Angesichts dieses Antrags gehen wir unseren Antrag auf Auflösung des Landtages zurück.

Abg. Liebmann (Komm.) unterstützt den Antrag der Aufwertungspartei.

Abg. Dr. Hübner (Dsp.) erhebt Widerspruch gegen ihn und meint, damit habe sich nach der Geschäftsordnung der Antrag erledigt.

Präsident Schwarz: Es steht nicht im Widerspruch mit der Geschäftsordnung, wenn wir nach zwei Stunden eine neue Sitzung abräumen. Nur darf in dieser Sitzung nichts anderes behandelt werden als in der vorangegangenen. — Der Präsident läßt sodann über den Antrag von Zumeitri als den weitgehenden abstimmen, nämlich die Sitzung um zwei Stunden zu versetzen.

Dieser Antrag wird angenommen. Für ihn stimmen die Kommunisten, Linksozialisten, Nationalsozialisten und Aufwertungspartei; gegen ihn: Deutschnationalen, Deutsche Volkspartei, Wirtschaftspartei, Demokraten und Allsozialisten.

Die zweite Sitzung.

1/4 Uhr 35 Minuten wird die zweite Sitzung eröffnet. Abg. Renner (Komm.) macht den Präsidenten darauf auf-

merksam, daß während der Vertagung der Sitzung eine größere Menschenansammlung vor dem Landtagsgebäude entstanden sei. Darauf sei Polizei aufmarschiert und habe die Ansammlung in rücksichtsloser Weise zerstreut. Seine Freunde möchten wissen, wer die Polizei herangezogen habe und ob Präsident Schwarz in derselben Weise führen wolle, wie der letzte Präsident. Redner wünscht dann noch, daß die Tribünen für alle geöffnet würden und nicht bloß gegen Karten zugänglich gemacht würden.

Präsident Schwarz: Von den Polizeiaufsehern wisse er nichts. Für Ruhe im Hause zu sorgen, sei seine Angelegenheit, das andere sei Sache des Polizeipräsidenten. Hierauf wird die

Wahl des Ministerpräsidenten

vorgenommen. Es werden 96 Stimmzettel abgegeben. Mit hin sind sämtliche Abg. anwesend. Es erhalten Ministerpräsident Heldt 49, Reichstagsabgeordneter Fleischer 45 Stimmen, zwei Zettel sind unbeschrieben. Sie rufen von den Nationalsozialisten her.

Der Präsident konstatiert die Wahl Heldts zum Ministerpräsidenten. (Von der linken Seite und von der Tribüne erschallen erregte Zurufe. Der Präsident droht mit Räumung der Tribünen. — Als der kommunistische Abg. Böttcher eine Rede zu halten versucht, die mit den Worten beginnt: Die Wahl des Arbeitervertreters Heldt... erlösen von der Tribüne Bravorufe. Der Präsident ordnet hierauf die Räumung der Tribünen an, die unter großem Lärm vor sich geht. Vereinzelt Tribünenbesitzer haben die Hölle aufgeführt u. rufen den Kommunisten Ermunterungsworte zu.) Böttcher fortsetzend: Die Räumung der Tribüne sei unmöglich gewesen, damit habe sich die Sozialdemokratie zur Schwärmerei des Paracletus hergegeben. Die Wahl Heldts sei das Ergebnis eines beispiellosen Schachergeschäfts, an dem sich die Aufwertungspartei beteiligt habe, die innerhalb zweier Stunden umgefallen sei. Man werde dieser Partei die kleinen Reiner und Spärer auf den Hals hegen. Redner kündigt dann der neuen Regierung in einer Erklärung scharfen Kampf an.

Abg. Liebmann (L-Soz.) verteidigt die Räumung der Tribünen als eine notwendige Maßnahme des Präsidenten. Der Abg. Böttcher habe eine falsche Erklärung verlesen. (Große Heiterkeit.) Nach Ausschaltung seiner Freunde sei die Wahl des Ministerpräsidenten Heldt die Wahl eines Abwärters des Verrates der Arbeiterklasse, denn es müßten den Deutschnationalen weitere Konzessionen gemacht worden sein, ehe sie die Wahl Heldts unterstützen. Der Redner behauptet, die Aufwertungsparteier hätten ihm vorher erklärt: Die Sache ist glatt, wir werden Herrn Fleischer wählen. (Große Heiterkeit. Rufe: Schwändel! Redner schlägt: Seine Partei lasse der neuen Regierung den schärfsten Kampf an.)

Abg. Dr. Seiser (Dem.) erhebt Einspruch gegen diese Art der Geschäftsführung. Die beiden Redner hätten nicht nur Geschäftsordnung gesprochen, sondern politische Reden gehalten.

Abg. von Zumeitri (Kauf.) erklärt, daß das, was Liebmann gesagt habe, unklar sei. Die Aufwertungsparteier hätten Herrn Liebmann mitgeteilt, sie würden noch wie vor mit den Deutschnationalen und der MSP. Heldt wählen. Abg. Liebmann muß zugeben, daß das richtig ist.

Abg. von Müde erklärt, Böttcher habe nicht einmal soviel beobachtet können, daß die Nationalsozialisten Heldt nicht gewählt hätten. Seine Freunde würden je nach der Einstellung der Regierung ihre Haltung einrichten.

Bereidigung des Ministerpräsidenten.

Ministerpräsident Heldt erscheint hierauf im Saale. Bei seinem Eintritt rufen die Linksozialisten und Kommunisten: Hül! Liebmann ruf: Keinen Funken Ehre! Die Linksozialisten verlassen den Saal.

Ministerpräsident Heldt leiht hierauf den Eid: „Ich schwöre Treue der Landesverfassung.“

Die Kommunisten bleiben während der Vereidigung sitzen.

Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte wird die nächste Sitzung auf Dienstag, den 18. Januar, nachmittags 1 Uhr festgesetzt mit der Tagesordnung: Regierungserklärung.

Die neue Ministerliste.

Dresden, 11. Jan. Auf Grund der Abmachungen der Regierungsparteien ist folgende Ministerliste aufgestellt worden:

- Ministerpräsident: Heldt (Komm.),
- Innenminister: Dr. Dehne (Dem.),
- Volkswirtschaftsminister: Dr. Kaiser (Dsp.),
- Justizminister: Dr. Hübner (Dsp.),
- Finanzminister: Weber (Wirtsch. P.),
- Wirtschaftsminister: Dr. Wilhelm (Wirtsch. P.),
- Arbeitsminister: Eisner (Komm.).

Ministerpräsident Heldt wird in der nächsten Sitzung sein Kabinett dem Landtag vorstellen.